

DPG-Rundbrief – August 2020

Liebe DPG-Mitglieder,
liebe Leserin, lieber Leser,

die Explosion im Hafen von Beirut erfüllt uns mit **Trauer und Wut**: Trauer um die vielen Toten, die Verletzten und die durch Hauszerstörungen obdachlos gewordenen Menschen. Wut über die mangelnde Verantwortlichkeit von korrupten Politikern, die nur ihr eigenes Interesse vertreten. Der Libanon beherbergt wie Jordanien seit vielen Jahren palästinensische und syrische Flüchtlinge und Vertriebene.

Regionalgruppe Münster und Umgebung

In Münster wurde eine DPG-Regionalgruppe gegründet. Die „Regionalgruppe Münster und Umgebung“ wird verantwortlich getragen von Inga Voß und Ursula Mindermann aus Telgte, sowie Gisela Streit, Harald und Nuha Forst aus Münster. Zur Unterstützung waren Mitglieder der „DPG-Regionalgruppe Osnabrück und Umgebung“ anwesend. Johann Weng und Nazih Musharbash freuen sich, dass nun beide Städte des Westfälischen Friedens jeweils eine Regionalgruppe haben, die die Stimme der palästinensischen Bevölkerung nach Gerechtigkeit und Frieden repräsentieren können.

Demonstration gegen die Annexion – DIG und Jüdische Gemeinde halten dagegen



In Münster fand eine Demonstration gegen die Annexion des Westjordanlandes statt. Der Aufruf zur Demo wurde von der Jüdischen Gemeinde Münster zum Anlass genommen, zu einer Gegendemo aufzurufen.

Weitere Infos

<https://www.nrwision.de/mediathek/news-magazin-nein-zur-annexion-kundgebung-gegen-den-landraub-in-palaestina-200727/>

<https://www.wn.de/Muenster/4238722-Antiisraelisch-und-antisemitisch-Juedische-Gemeinde-kritisiert-Kundgebung>

Aufgerufen hatten eine Gruppe junger Menschen aus Münster, die gegen die geplante Annexion des Westjordanlandes demonstrieren wollten und zu Solidarität der PalästinenserInnen im Widerstand gegen den Kolonialismus aufriefen. Die jüdische Gemeinde Münster wehrte sich gegen im Aufruf genannten Formulierungen wie vorherrschende "apartheidsähnliche Strukturen in Israel", und schrieb, dass die Israelis und Palästinenser in Israel die gleichen Rechte besäßen und warf der Gruppe Antisemitismus vor.

Die jungen Menschen, viele von ihnen palästinensischer Herkunft, prangerten die Menschen- und Völkerrechtsverletzungen Israels im besetzten Palästina an und kritisierten die Annexionspläne. Über Unrecht zu schweigen bedeutet Teil der Gewalt zu sein. Wer zu Menschenrechten spricht, darf zu Palästina nicht schweigen.

Bewegend war der vorgelesene Brief des in Palästina lebenden Menschenrechtsaktivisten Mohammad Khatib über den Alltag unter israelischer Besatzung und Willkür in Palästina. Auf der friedlich verlaufenden Kundgebung fanden ca. 80 DemonstrantInnen sich auf der palästinensischen Seite und ca. 50 (inklusive Vertreter der FDP) auf der israelischen Seite ein.

Ursula Mindermann, Vizepräsidentin der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

Demos rund um Israel-Palästina-Konflikt

Grenze auf der Stubengasse

-jh- MÜNSTER. Rund 130 Demonstranten haben sich am Samstag versammelt, um an Demonstrationen rund um den Israel-Palästina-Konflikt teilzunehmen – rund 50 auf der mit Israel sympathisierenden Seite, 80 auf der Pro-Palästina-Seite. Auf der Stubengasse stehen sich die beiden Gruppen mit etwa 50 Meter Abstand gegenüber.

„Wir würden jetzt lieber woanders stehen und unseren Samstag anders verbringen“, erzählt Wilko Mertens vom Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der den pro-israelischen Protest organisiert hat. Doch die pro-palästinensische Demonstration habe in ihrem Aufruf Falschbehauptungen verbreitet, etwa dass Israel ein Apartheidstaat sei,



Pro-israelische und pro-palästinensische Demonstranten standen sich am Samstag an der Stubengasse gegenüber. Foto: Joel Hunold

und verdeutlicht, dass Israel delegitimiert werden solle. Dagegen wolle man sich wehren, so Mertens.

Direkt gegenüber werden gleichzeitig „Free Palestine“-Rufe laut. Deren Demonstration richtete sich gegen die israelischen Annexionspläne, er-

läutert ein Sprecher, der seinen Namen nicht preisgeben wollte. Ihm zufolge seien die Annexionspläne ein Völkerrechtsbruch und selbst wenn es nicht zu den Annexionen komme, würden Palästinenser in Israel unterdrückt.

Was bedeutet die neue Regierung in Israel für Palästina?

Nachdem Oppositionsführer Benny Gantz im Wahlkampf noch versprochen hatte, nicht in eine Regierung unter Ministerpräsident Netanjahu zu gehen, hat er es nun doch getan mit der scheinheiligen Begründung, Israel auch wegen der Corona-Krise die vierte Wahl innerhalb weniger Monate zu ersparen. Eine Option, die ihm persönlich nutzt, ob Israel ist fraglich!

Der bisherige Oppositionsführer Gantz ist in eine Regierung unter Führung des langjährige amtierenden israelischen Ministerpräsidenten eingetreten, wofür er sogar seine Verhandlungsposition aufgegeben hatte, nur dann einer großen Koalition mit sich abwechselnden Ministerpräsidenten anzugehören, wenn er die erste Zeit an der Spitze stehen würde? Nach der Koalitionsvereinbarung bleibt Netanjahu die kommenden anderthalb Jahre Ministerpräsident Israels, danach übernimmt Gantz das Amt. Noch im Wahlkampf hatte Gantz versprochen, nicht gemeinsam in eine Große Koalition mit einem angeklagten Ministerpräsidenten zu regieren. Er verglich Netanjahus Methoden mit denen von Autokraten. Netanjahu führte dagegen eine Schmutzkampagne gegen den ehemaligen Generalstabschef, in der Gantz ohne jeden Beleg sexuelle Perversionen und geistige Behinderungen unterstellt wurden.

Indem Gantz mit einem Teil seines aus drei Parteien bestehendem Block Blau-Weiß in die dann bislang größte Regierung Israels, in der er 12 Minister stellt, eintrat, ist zugleich der Block Blau-

Weiß auseinandergefallen, weswegen nicht wenige Beobachter Gantz Verrat und Feigheit vorwerfen. Durch die Übernahme des Verteidigungsministeriums sicherte er einem Mitstreiter von der Blau-Weißen-Liste das ursprünglich von ihm angestrebte Justizministerium. Der neue Justizminister Avi Nissenkorn soll nach Ansicht von Gantz sicherstellen, dass die Gerichte ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen und so auch der Prozess gegen Netanjahu, der in drei Korruptionsfällen angeklagt ist, später noch stattfinden kann.

Gantz hat nicht nur sein zentrales Wahlversprechen gebrochen und das Parteienbündnis gespalten, sondern auch das Oberste Gericht desavouiert. Auf eine Klage von Blau-Weiß hin hatte Israels Verfassungsgericht zunächst gegen den Netanjahu-treuen Parlamentspräsidenten Juli Edelstein ein Urteil gefällt, der eine Abstimmung über sein Amt in der Knesset verweigert hatte. Dieser trat bekanntlich daraufhin zurück, woraufhin sich Gantz selbst übergangsweise zum Parlamentspräsidenten wählen ließ. Nun aber ginge das Amt des Parlamentspräsidenten nach den Koalitionsverhandlungen abermals an den Likud. Und der Deal besagt, dass der vorher vorgesehene Kandidat zusammen mit der bisherigen Nummer zwei von Blau-Weiß, Jair Lapid, und dessen Fraktion in die Opposition musste. Der seit über einem Jahrzehnt amtierende Ministerpräsident kann so mindestens weitere anderthalb Jahre regieren, wobei sein Prozess bereits verschoben ist. Ob der noch stattfinden wird, steht in den Sternen, denn Berichten zufolge soll es auch eine Gesetzesreform geben, die es Netanjahu nach anderthalb Jahren auch als Minister erlauben würde, trotz Anklage im Amt zu bleiben, um schließlich den Staatspräsidenten nach Anlauf von dessen Amtszeit zu beerben und damit vor weiterer Strafverfolgung sicher zu sein. Das ist „Demokratie light“ in der „einzigen Demokratie des Nahen Osten“. Bis zum Montag, den 12.4.2020 hatte Gantz Zeit, diese vorgesehene Koalition unter Dach und Fach zu bringen. Am 22.4. jedoch beantragte Benny Gantz vom ehemaligen Bündnis Blau-Weiß mit seiner kleinen „Partei der Erneuerung“ eine zweiwöchige Verlängerung für die Bildung einer Regierung in Israel. Präsident Reuven Rivlin hatte Rivlin hatte Gantz im vergangenen Monat ja mit der Regierungsbildung beauftragt, aber eine Frist gesetzt. Gantz äußerte dann gegenüber Rivlin die Überzeugung, dass er und der Likud des amtierenden Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu kurz vor einer Einigung stehen und diese mit zusätzlicher Zeit von 2 Wochen abgeschlossen werden könne. Er begründete das in einem Schreiben an den Präsidenten mit dem Satz: "Die politische, gesundheitliche und soziale Krise haben mich zu dem Entschluss gebracht, dass ich auch zu einem hohen politischen und persönlichen Preis alles dafür tun werde, um eine Regierung mit dem Likud zu bilden." Am 6.5. hatte das Höchste Gericht Israels etliche Petitionen gegen eine weitere Amtszeit Netanyahus zurückgewiesen und damit den Weg für die neue radikal rechtskonservative Regierung frei gemacht, obwohl das Gericht anmerkte, dass die Koalitionsvereinbarung problematisch sei. Das Parlament, die Knesset, stimmte schließlich zudem am 7.5. einer Gesetzesänderung zu, die es ermöglicht, dass eine Rotation im Amt des Ministerpräsidenten möglich wurde. Damit war der Weg für Netanyahu frei, weiter zu amtieren, da der Ministerpräsident erst nach einer rechtskräftigen Verurteilung zurücktreten muss. Somit konnte diese Regierung vom Parlament am 13.5. ins Amt gewählt werden.

Was bedeutet das alles für die weitere Entwicklung im Hinblick auf die Friedensfrage?

Blau-Weiß war ein Zusammenschluss von im Wesentlichen drei Parteien, die sich vor allem in der Ablehnung Netanyahus einig waren, aber ansonsten ideologisch uneindeutig blieben. Allerdings hatte sich Gantz nach der Publikation des groß angekündigten und weltweit kritisierten „Jahrhundertplan“ des amerikanischen Präsidenten, der die Palästinenser vor die Frage „Friss oder stirb!“ stellte, in den zentralen Fragen einer angestrebten Annexion des Jordantals, der eindeutigen und totalen Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt Israels und weiterer völlig inakzeptabler Punkte dieses „Friedensplans“ eindeutig auf die Seite Netanyahus und Trumps gestellt. Daraus lässt sich für die Zukunft einer weiteren möglichen Diskussion über die Zukunft eines Staates Palästina wenig Gutes hoffen, denn die friedensorientierten Stimmen und Organisationen in Israel werden immer weniger gehört und leiden insgesamt auch an zunehmendem Bedeutungsverlust. Zwar gab es Anfang Juni in Tel Aviv auf dem Rabin-Platz eine größere Demonstration gegen die Annexionspläne mit 6000 Teilnehmern, obwohl nur 2000 zugelassen waren und mehr als 30 Parteien und Nichtregierungsorganisationen aufgerufen hatten, und in der HAARETZ waren entsprechende Artikel zu lesen, aber von der früher so machtvolle Friedensbewegung ist seit dem Scheitern von Camp David nicht mehr viel übrig und die HAARETZ ist ihrem Linksliberalen Ruf zwar treu geblieben, hat aber an Bedeutung ebenfalls bedeutend eingebüßt, da sich die Gesamtgesellschaft deutlich politisch nach rechts entwickelt hat. Bei der Wahl zur Knesset hat die gemeinsame Liste von Awoda (früher die mächtige Arbeitspartei), Meretz und Gescher noch gerade eben auf 5,8% und 7 Sitze gekommen. Ein

historisches Tief. Zudem ist nach der Regierungsbildung von diesen 7 Abgeordneten auch noch ein Teil zur Mehrheit übergelaufen, sodass abgesehen von der „Gemeinsamen Arabischen Liste“, die ohnehin isoliert wird, noch ganze 4 Abgeordnete von 120 in der Knesset die Opposition bilden. Das muss man wissen, wenn man die Hoffnung auf wirksame innerisraelische Gegenbewegungen hofft. Das wird sich erst ändern, wenn Israel massiv von außen unter Druck gesetzt wird und Assoziierungs-Abkommen gekündigt werden, finanzielle Zuflüsse ausbleiben und Israel seinen Haushalt selbst finanzieren muss, wodurch infolge massive ökonomische Probleme die Bürger zu Fragen bringen werden, wie etwa warum mit den eigenen Steuergeldern eigentlich „Siedlungen“ finanziert werden u.a..

Mittlerweile sind es nicht mehr die früher starken friedensorientierten Teile der Bevölkerung, sondern es erheben zunehmend ehemalige und sogar amtierende Knesset-Abgeordnete und ehemalige Minister den Vorwurf der zunehmenden Apartheid. Am schärfsten formulierte es der Knesset-Abgeordnete Ofer Cassif, der einzige Jude in der arabischen Hadasch-Fraktion im Dezember 2019 in der Knesset, als er die Politik der Regierung als „schlimmer als einst die Apartheid in Südafrika charakterisierte und sich dabei auf die Einschätzungen des südafrikanischen Bischofs und Nobelpreisträgers Desmond Tutu und einen Enkel Nelson Mandelas berief. Andere ehemalige Knesset-Abgeordnete und sogar ehemalige Minister formulieren das etwas vorsichtiger, aber mit klarer Etikettierung als Apartheid. 56 ehemalige vorwiegend linke und liberale Knesset-Abgeordnete, unter ihnen mehrere ehemalige Minister warnten noch im April 2020 „eine Annexion würde ein tödlicher Schlag für eine Friedensmöglichkeit und die Schaffung eines Apartheid-Staats“ bedeuten. Auch ehemalige Generäle und Offiziere warnten deutlich wie auch mehrere frühere Mossad-Chefs, indem sie öffentlich klar Stellung bezogen und diese Annexionen als langfristig höchst problematisch einschätzten: „Je größer die Kluft zwischen den israelischen Bürgern und den palästinensischen dauerhaften Anwohnern und je größer die Bevölkerung ist, desto mehr wird die Realität eine Apartheid sein“ formulieren sie verbunden mit dem deutlichen unmissverständlichem Hinweis, dass die Annexion gegen internationales Recht verstoße.

Schon vor dem Amtsantritt der neuen Regierung und der vereinbarten Annexion des palästinensischen völkerrechtswidrig besetzten Jordantals wurde deutlich wie radikal die Entwicklung zum Apartheidstaat weiter vorangetrieben wird. "Der in der vorigen Regierung als Verteidigungsminister agierende Naftali Bennet der ultrarechten Jamina-Partei hatte noch wenige Tage vor der Wahl der neuen Regierung, der er nicht mehr angehört, die Ausweitung der israelischen „Siedlung“ Efrat im südlichen Westjordanland um 1,1 Quadratkilometer genehmigt, wodurch der Bau von weiteren 7000 neuen Wohnungen realisiert werden kann." Weder die frühere noch die neue Regierung schert sich um internationale Proteste wie etwa den UN-Sicherheitsrat, der auch schon 2016 einen kompletten Stopp des „Siedlungs“-Baus gefordert hatte. Im Gegenteil werden neue „Siedlungen“ offiziell und demonstrativ zelebriert, wie der Beginn der Errichtung einer Gemeinde, der sog. „Trump-Höhen“ (Ramat Trump) Mitte Juni zeigt. Insgesamt werden dort auf den annektierten GOLAN-Höhen 7,5 Milliarden Euro investiert für rund 120 Familien. Demonstrativ wurde das Aufstellen einer Ortstafel schon vor Baubeginn gefeiert.

Und es gibt weitere Konsequenzen, die in der aktuellen Diskussion gelegentlich untergehen. Palästinenser, die in den dann annektierten Gebieten leben, werden sicher nicht die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. Sie werden eher wie die Palästinenser des annektierten Ost-Jeruselems den Status von „ständigen Bewohnern“ erhalten. Das macht ihre Situation noch schlimmer als aktuell schon. Noch können die Palästinenser sich zwischen den zwar völkerrechtswidrig besetzten Gebieten der Westbank und Jordanien bewegen und in die übrige Welt reisen, wenn auch beeinträchtigt von den „willkürlicher Sicherheitsmaßnahmen“ der Israelis wie Reiseverbote u.a. Für Aufenthaltsberechtigte kann Israel in Zukunft wie schon jetzt in den annektierten Gebieten wie auch Ostjerusalem einfach ihren Aufenthalt widerrufen. Wenn Palästinenser reisen, z.B. ins Ausland gehen, um dort zu studieren oder Verwandte zu besuchen, können israelische Behörden behaupten, sie hätten „ihren Lebensmittelpunkt von dort verlegt, wo sie gelebt haben,“, und verlieren somit ihren Aufenthalt und ihr Recht auf Rückkehr. Solche Fälle haben sich in den letzten Jahren allein in Jerusalem für mehr als 14.000 Ostjerusalemern zugetragen, ohne dass da eine juristische Gegenwehr möglich war.

Die neuen Regierungschefs sprechen nicht offen über die ökonomischen Konsequenzen, die eine Annexion des Jordantals auch hätte. Das Jordantal ist neben der strategischen Bedeutung auch ein Wirtschaftsfaktor für Israel. Da das Jordantal sich entlang der Grenze zu Jordanien erstreckt und zwischen Israel und Jordanien aktuell Frieden herrscht, hat das Jordantal noch eine andere strategische Qualität: Ohne das Jordantal hätte ein zukünftiger palästinensischer löchriger Rest-Staat keine Möglichkeit mehr, den Nahrungsmittelbedarf seiner Bürger zu decken. Die Annexion

würde also auch die vollständige Abhängigkeit der Palästinenser von Nahrungsmittelimporten aus Israel zur Folge haben.

In der aktuellen Corona-Problemlage kann man über die ohnehin vorherrschende Sicherheitsphilosophie gegenüber den umliegenden arabischen Staaten und den Palästinensern das hebräische Mantra „Bitachon“, übersetzt „Sicherheit“ erkennen. Die Einstellung der wohl meisten Bürger Israels akzeptiert wohl auch die durch die Corona-Pandemie forcierten Bestrebungen, dass das Gesundheitsministerium und der Geheimdienst Shin Bet eine Überwachungstechnik zusammen mit der weltweit berühmten Firma NSO entwickeln, deren Spionagesoftware beim Einsatz im sog. Antiterrorkampf, gegen Regimegegner und Journalisten in einigen Ländern in Verruf geraten ist. Eine vordergründig scheinbar sinnvolle Überwachungstechnik für den Einsatz in der Eindämmung der Corona-Seuche birgt die Gefahr, dass in der Zeit der Virus-Bekämpfung die Fundamente einer ohnehin brüchigen Demokratie weiter ausgehöhlt werden und durch die Anhäufung von Daten zusätzlich zur ohnehin in Israel gegebenen Erkennung aller Bürger durch ID-Nummern eine totale Kontrolle perfektioniert wird, die in Zukunft jeden Ansatz demokratischer Proteste und Aktivitäten zusätzlich im Keim ersticken kann.

Gibt es irgendeinen Ansatz, der zu Hoffnung berechtigt? In einer aktuellen Stellungnahme des Sprechers von ICAHD (Israelisches Komitee gegen Hauszerstörung) Prof. Jeff Halper, der die 2-Staaten-Lösung seit langem für tot erklärt hatte, heißt es: „Wenn es einen Silberstreif am Horizont gibt, dann den, dass es eines Trumps bedurfte, um endlich zu beerdigen, was wir alle in den letzten 20 Jahren wirklich wussten: dass die Zwei-Staaten-Lösung tot ist. Unsere einzige Hoffnung, etwas Gerechtes und Lohnenswertes aus dieser Travestie zu retten, besteht darin, „mit dem Strom zu schwimmen“. Wir müssen Israel sagen: OK, DU, Israel, hast einen einzigen Staat vom Fluss bis zum Meer geschaffen, absichtlich, mit offenen Augen. Wir akzeptieren das, aber wir können die Apartheid nicht akzeptieren. Unsere Aufgabe ist glasklar: Wir müssen ein Apartheid-Regime in einen demokratischen Staat mit gleichen Rechten für alle seine Bürger verwandeln. Dazu brauchen wir viel mehr palästinensische Führung, und deshalb ist die Kampagne für einen einzigen demokratischen Staat (One Democratic State Campaign, ODSC) eine so willkommene Entwicklung. Lassen Sie uns die kommende Annexion nutzen und Kolonisierung, Besatzung und Apartheid umzuwandeln in eine echte Demokratie für alle Einwohner des Landes (einschließlich der palästinensischen Flüchtlinge, die endlich nach Hause kommen sollten. Wirklich die einzige Demokratie im Nahen Osten, aber – endlich – eine fortschrittliche Kraft in unserer Region.“

Nur eine Illusion angesichts der jahrzehntelangen völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik, der systematischen zionistischen offenen und stillen Vertreibungspolitik, den Versuchen, die palästinensische Identität auszulöschen und der jahrzehntelangen Ignoranz gegen alle UN-Resolutionen und weltweite Protestnoten?

Es regt sich jetzt doch erster international beachteter Widerstand. Von den 27 EU-Außenministern haben 25 in einer Erklärung am 15.5. gegen die Pläne Israels protestiert. Allerdings haben 2 Staaten sich dieser Erklärung verweigert und der deutsche Außenminister verhinderte eine schärfere Erklärung mit der Androhung von konkreten Sanktionen. Nur der luxemburgische Außenminister fand klare Worte, indem er formulierte: „Alles andere als eine 2-Staatenlösung endet in einem Apartheidstaat“. Auch 60 ehemalige hochrangige europäische Politiker, unter ihnen ehemalige Außenminister und Staatschefs warnten Israel Ende Mai in einer eindeutigen Sprache vor der Realisierung der Annexionen als Schritt in die Apartheid. Auch Kirchen und NGOs schließen sich den weltweiten Prosten an.

Und die Medien in Deutschland. Große Teile der Presse berichteten seit Jahren eher „neutral“ oder bewerteten die Entwicklung einer weiteren Phase Netanjahu als Ausweis der Stabilität und „gut für Israel“ wie zum Beispiel die große überregionale WELT. Allerdings gibt es zunehmend auch in der einen oder anderem überregionalen Zeitung aktuell zunehmend mehr oder wenige Hinweise auf die völkerrechtswidrige Annexion, da die internationalen Stimmen des Protestes und der Warnungen auch von den Leitmedien nicht ganz unterdrückt werden können. So formuliert etwa die Süddeutsche Zeitung exemplarisch deutlich am 11.6. wie nie zuvor: „Deutschland darf sich bei einer Annexion nicht mehr wegducken“ und der TAGESSPIEGEL wird deutlicher: „Israel will Teile der Westbank annektieren. Deutschlands Dilemma zwischen seiner Geschichte und Tagespolitik spitzt sich zu“. Neben den zahlreichen Informationen in den neuen Medien berichten selbst die Fernsehsender ZDF, ARD und ntv neuerdings zur besten Tageszeit ausführlich. Das lässt hoffen, dass das Eintreten für faktenbasierte Kritik an der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik nicht mehr nur als antisemitisch denunziert werden kann. Unterstützt wird diese Entwicklung auch durch das Urteil des CEDH, die Cour Européenne des droits de l'homme, also den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der klarmacht, dass Boykottaufrufe wie

von der BDS-Bewegung unter die Meinungsfreiheit fallen, auch gerade im Fall Israel. Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention schützt die Meinungsfreiheit, die unter bestimmten Bedingungen eingeschränkt werden kann. Die französischen BDS-Aktivisten behaupteten, dass diese Bedingungen nicht erfüllt seien und dass ihre Meinungsfreiheit von Frankreich verletzt worden sei. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied einstimmig, dass Frankreich gegen Artikel 10 verstoßen habe. Frankreich wird daher wegen Verstoßes gegen Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention verurteilt: Es muss innerhalb von drei Monaten 7.380 Euro an jeden Antragsteller (materieller und moralischer Schadenersatz) und 20.000 Euro an alle zur Erstattung der Gerichtskosten zahlen.

Diese Entwicklung in Israel, in den deutschen Medien und das wegweisende Urteil in Frankreich wird sicher auch in Deutschland zum Umdenken führen, mindestens aber die Verfolgung und Denunziation von Kritikern der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzungspolitik als vermeintliche Antisemiten erschweren.

Dr. Detlef Griesche, Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.